

# Bräuereiarbeiter-Zeitung

Offizielles Organ des Zentralverbandes deutscher Bräuereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen  
und Publikationsorgan des Schweizerischen Bräuereiarbeiterverbandes.

Nr. 52.

Das Blatt erscheint wöchentlich am Freitag.  
Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5.

Hannover, 28. Dezember 1906.

Verleger u. verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Hannover.  
Druck von Meißner & Co., Hannover.

16. Jahrg.

## Die Wahl zum Reichstag

erfolgt am 25. Januar. Versäume kein Ablege, die Wählerlisten einzusehen und sich zu vergewissern, ob er auch in die Wählerliste eingetragen ist. Ist es nicht der Fall, so ist die nachträgliche Eintragung an zuständiger Stelle zu veranlassen unter Angabe des Namens und Wohnorts und unter Vorzeigung einer Legitimation (letzte Steuerquittung, Invalidenkarte, polizeiliche Anmeldung).

Wer nicht in der Wählerliste steht, kann am 25. Januar nicht wählen.

Wählen kann jeder Deutsche männlichen Geschlechts (auch wenn er keine Steuern zahlt), welcher am Wahltag, also am 25. Januar 1907, das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat, ausgenommen diejenigen:

welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen; - Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindegeldern beziehen oder seit dem 25. Januar 1906 bezogen haben; über deren Vermögen Konkurs gerichtlich eröffnet ist; denen infolge rechtskräftigen Erkenntnisses der Vollgenuss der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist.

Kümmere sich jeder Kollege darum, wann und wo die Wählerlisten ausliegen und veranlasse auch die Indifferenten dazu.

Daß jeder wahlberechtigte Arbeiter am 25. Januar (und event. auch bei der Stichwahl am 5. Februar) seine Stimme abgibt, davon hat die Arbeiterschaft besonders dieses Mal, und haben besonders die Bräuereiarbeiter ein großes Interesse.

Weiteres in nächster Nummer.

## Der Tarifvertrag im Deutschen Reiche.

In unserer Monatsrevue in Nr. 49 haben wir bereits auf das oben erschienene, im Reichsstatistischen Amt bearbeitete Werk über den Tarifvertrag im Deutschen Reiche hingewiesen. Im Nachfolgenden werden wir unter Benutzung des dreibändigen Werkes die für die Gewerkschaften so wichtige Frage besprechen.

Der von Dr. Leo bearbeitete erste Band behandelt zunächst die grundsätzliche Stellung der Arbeiter- und Unternehmerkoalition zu der Frage des Tarifvertrages, sowie die Entwicklung der tarifgemeinschaftlichen Idee in diesen Kreisen. Ehen wir uns zunächst die Stellung der Arbeiter an. Die freien Gewerkschaften haben auf dem Frankfurter Kongress 1899 sich dahin entschieden, daß tarifliche Vereinbarungen als Beweis und Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter seitens der Unternehmer bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen zu erachten sind. Sie sind in solchen Bemühen zu erstreben, in denen starke Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer vorhanden sind, die Gewähr für die Durchführung und Innehaltung des Vereinbarten bieten.

Soweit die grundsätzliche Stellungnahme des Frankfurter Kongresses. Vor Frankfurt bestand in unseren Gewerkschaften eine einheitliche Auffassung über diese Frage nicht, konsequent vertreten wurde die Idee der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse von Seiten der Buchdruckerorganisation. Die Bestrebungen auf tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind im Buchdruckgewerbe alten Datums. Bereits im April 1848 unterbreiteten die Berliner Buchdrucker den Prinzipalen eine Reihe von Forderungen bezüglich der Löhne u., unter denen sich auch die Forderung auf Bildung eines Tariffriedensgerichts befand. In den 1860er Jahren entstanden sodann die Organisationen im Buchdruckgewerbe: der Verband der deutschen Buchdrucker (Gehülften, 1866) und der Deutsche Buchdruckerverein (Prinzipale, 1869). Im Jahre 1870 wurde ein gemeinsames Schiedsgericht in Leipzig eingesetzt. Bald darauf setzte seitens der Gehilfenschaft eine allgemeine Tariffaktion in einer Anzahl an Städten ein. Die Folge war auf Unternehmerseite zunächst ein Aussperrungsulkaß, ganz wie es die modernen Unternehmerorganisationen von heute tun. Der Prinzipalverein faßte am 3. Dezember 1872 einen dahingehenden Beschluß, daß, falls in irgend einer Stadt die Gehilfen in den Streik treten, obgleich die Vertrauensleute der Arbeitgeber den Standpunkt der Prinzipale gerechtfertigt finden, dann sollte in allen Vereinsorganen im Gebiete des Deutschen Buchdruckervereins den Gehilfen gekündigt werden, sofern sie der den Streik veranlassenden oder unterstützenden Organisation angehören. Also genau so wie heute die Scharfmacher, wandten die Unternehmer des Buchdruckergewerbes schon 1872 die Waffe der Aussperrung gegen die um Verbesserung ihrer Lage kämpfenden Arbeiter des Gewerbes an. Freilich, als infolge eines Streiks in Leipzig 1873 die Aussperrung im ganzen Vereinsgebiet erfolgen sollte, hatte die Unternehmerorganisation die Macht nicht. Im ganzen wurden etwa 2000 Gehilfen ausgesperrt, während 20 Prozent der Vereinsmitglieder dem Prinzipalverein den Rücken kehrten, um

Im Jahre 1873 erfolgte im Buchdruckgewerbe der erste größere Tarifabschluß. Der Tarif wurde am 9. Mai auf 3 Jahre in Kraft gesetzt. Er enthielt alle die Einrichtungen, die der Tarifabschluß von 1896 wieder zur Einführung brachte: an jedem Druckort ein Schiedsamt, dem etwaige Tarifstreitigkeiten zu unterbreiten sind, und als Rekursinstanz ein aus Vertretern sämtlicher Tarifkreise bestehendes Einigungsamt, der Tarifausschuß.

Eine größere praktische Bedeutung erlangte der Tarif von 1873 nicht. Die bald nach seinem Inkrafttreten einsetzende wirtschaftliche Depression, die auf die Gründerperiode nach dem deutsch-französischen Kriege folgte, brachte auch das Buchdruckgewerbe ins Stoden. Und die Organisationen waren sowohl auf Unternehmer- als Geschäftsseite viel zu schwach, um irgendetwas einen größeren Einfluß auszuüben. In der 1880er Jahren hemmte das Sozialistengesetz jede organisatorische Tätigkeit, und obgleich der Buchdruckerverband durch Verlegung seines Sitzes nach Stuttgart und durch die Eintragung seiner Unterklassen in das Vereinsregister eine Form fand, sich der Auflösung und gänzlichen Zugrundelegung zu entziehen, so war doch erst Ende der achtziger Jahre eine regere gewerkschaftliche Betätigung möglich. Jetzt setzte eine neue Tarifaktion ein, die zu den Abschlüssen von 1886 und 1888 führte und schließlich in dem großen Buchdruckerstreik von 1891 ihren Höhepunkt erreichte. Auf die Niederlage, die die Gehilfenschaft bei diesem Streik erlitt, folgte eine tariflose Zeit bis 1896, von welchem Jahre an die ganze Frage der Tarifverträge für die Gewerkschaften Deutschlands erst brennend wurde.

Als der Tarifabschluß 1896 im Buchdruckgewerbe perfekt wurde, faßte das Leipziger Gewerkschaftskartell einen Beschluß, wonach diejenigen Vertreter der Buchdrucker, die Anhänger der Tarifgemeinschaft waren, als auf Hirsch-Dunderschem Standpunkt stehend aus dem Kartell auszuschließen seien, oder wie es im Beschluß heißt: „nicht anzuerkennen und“.

Demit war der Stein ins Rollen gekommen. Die Generalkommission erklärte durch das „Correspondenzblatt“ als Antwort auf den Leipziger Beschluß, daß die Tarifgemeinschaft nur als ein Punkt weiterer Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung zu betrachten ist. „Die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaftsorganisationen werden zu Vereinbarungen mit den Unternehmern nur dann kommen, wenn sie durch den wirtschaftlichen Kampf eine Machtstellung und die Gleichberechtigung erzwungen haben.“

Dieser Stellungnahme schloß sich, wie oben bereits angeführt wurde, der Frankfurter Gewerkschaftskongress an. Die Tarifgemeinschaft erscheint hier als etwas ganz anderes, als im Programm der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine. Diese, auf dem Boden der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit fußend, erblickten in der Tarifgemeinschaft nur den Ausdruck dieser Harmonie, die in Wirklichkeit nie vorhanden war oder ist. Haben doch die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine trotz ihrer 40jährigen Praxis noch keinerlei Rolle auf dem Gebiete der Tarifverträge gespielt, wie sie in der gewerkschaftlichen Bewegung überhaupt zur völligen Bedeutungslosigkeit verurteilt sind, eben infolge ihrer grundsätzlichen Auffassung des gesamten gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens.

In unseren Gewerkschaften dagegen ist der Tarifvertrag nicht der Ausdruck der Harmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter, sondern er ist der Beweis der Machtstellung, die wir uns dem Kapital gegenüber errungen haben. Wie groß diese Machtstellung ist, das geht aus dem Inhalt der jeweiligen Verträge hervor. Je stärker die Arbeiterorganisation, je kampffähiger sie ist und je größer die Solidarität, der Kampfesmut und die Disziplin ihrer Mitglieder, je vorteilhafter für die Arbeiter werden auch die einzelnen Bestimmungen der Tarifverträge sein. Prinzipiell bedeutet der Tarifvertrag die Anerkennung des Rechts der Arbeiter, über die Verhältnisse mitzuentcheiden, unter denen sie arbeiten sollen. Praktisch ist der abgeschlossene Vertrag der Maßstab der wirtschaftlichen Machtstellung der Arbeiterorganisation gegenüber dem Unternehmertum, wobei die gewerbliche Lage, die wirtschaftlichen Konjunkturen eine mitentscheidende Rolle spielen.

Auf Seiten der Unternehmer bestätigt zunächst der „Zentralverband deutscher Industrieller“ die Auffassung der Gewerkschaften über den Tarifvertrag. Diese organisatorische Vertretung der Großindustriellen, deren Leitung sich in Händen der berufsmäßigen Scharfmacher befindet, steht prinzipiell auf dem Boden der „Herren im Hause.“ Sie spricht den Arbeitern jedes Recht ab, in Sachen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mitzuentcheiden. Nach einer Resolution von 1905 erklärt der Zentralverband die Tarifverträge für die Fortentwicklung der Industrie als gefährlich, weil sie dem einzelnen Unternehmer „die Freiheit der Entscheidung über die Verwendung seiner Arbeiter nimmt.“ Und eine Konferenz der Arbeitgeber nachweise, der bekannten Makregelungsbehörde, erklärt den Tarifvertrag als für die Unternehmer unannehmbar, u. a. deshalb, weil: „Die Auffassung großer Gewerkschaftsklassen erhöht die

scheinbaren Friedens folgt fast sicher ein um so härterer Kampf.“ Und im 5. Leitsatz heißt es weiter: „Die Tarifgemeinschaften werden von den sozialdemokratischen Gewerkschaften als Mittel zur Ausdehnung ihres Einflusses gebraucht und müssen daher eine gefährliche Waffe gegen das Unternehmertum werden.“

Die diesem Beschlusse zugrunde liegende Auffassung ist die der grundsätzlichen Ablehnung eines Mitentscheidungsrechts der Arbeiter. Sie bestätigt deshalb unsere Auffassung, daß der Tarifvertrag der Beweis von der Machtstellung, die sich die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter errungen hat.

Dagegen hat der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, der die Macht starker Arbeiterorganisationen bereits kennen gelernt hat, im Jahre 1901 einen entgegengesetzten Standpunkt eingenommen. Er erklärt, daß die Arbeiter des Baugewerbes nicht so von oben herab behandelt werden können, sondern als gleichberechtigt anzuerkennen sind. „Der beste Boden, auf dem sich friedliche, geordnete Gewerkschaftsverhältnisse aufbauen lassen, sind beiderseits starke Organisationen, diese geben auch die alleinige Gewähr für Innehaltung des Vertrages.“ Auf dem ähnlichen Standpunkt stehen auch die Unternehmer des Buchdruckgewerbes und einer Reihe anderer Gewerbe, in denen sich die Arbeiterorganisationen maßgebenden Einfluß errungen haben.

Von den vorhandenen Tarifverträgen sind freilich auch einzelne, die nicht ausschließlich von dem oben skizzierten Gesichtspunkt angesehen werden können. Die rapide Entwicklung der Großindustrie und des großen Handels hat manches ehemals blühende Gewerbe vor den Ruin gestellt. In diesen Gewerben haben Arbeiter und Arbeitgeber durch Tarifverträge gesucht, sich gegen die vorherenden Wirkungen der raschen Entwicklung der modernen Großindustrie und des Export-Großhandels zu schützen. Aber diese Maßnahmen nehmen dem Tarifvertrag im allgemeinen durchaus nicht den Charakter als kollektiver Arbeitsvertrag. Sie sind das Produkt der besonderen Verhältnisse dieser Gewerbe und üben auf die allgemeinen Tendenzen der tariflichen Entwicklung keinen Einfluß.

Dagegen stellt Dr. Leo fest, daß bis heute die Tarifgemeinschaften erst in Gewerben mit ausgeprägtem handwerklichen Charakter eingesetzt haben. Die Brauindustrie scheint er auch hierunter zu rechnen. Die Tendenz geht natürlich dahin, sie auch auf die große Industrie auszudehnen, wie dies in England, den Vereinigten Staaten usw. bereits geschehen ist. Es ist hier eben nur eine Frage der Zeit, und auch die heutigen Scharfmacher der deutschen Großindustrie werden sich der Macht der Gewerkschaften beugen müssen und zu tariflichen Vereinbarungen kommen.

Dem „Recht des Tarifvertrages“ widmet Dr. Leo einen wesentlichen Teil seiner Ausführungen, wie dies bei der großen Bedeutung dieser Frage nicht anders sein kann. Freilich, ein gesetzlich-öffentliches Recht besteht in Deutschland nicht gegenüber dem Tarifvertrage. Das bürgerliche Recht regelt nur die Rechte und Pflichten im individuellen Arbeitsvertrage. „Eine rechtliche Verpflichtung des einzelnen, für die Dauer des Tarifs an ihm festzuhalten, besteht nicht.“ Etwas anders wird die Situation indessen, wenn ein Tarifvertrag nicht wie der der Buchdrucker außerhalb der Organisationen, sondern von den gegenseitigen Organisationen abgeschlossen wird. Hier sind die Mitglieder der Organisationen verpflichtet, den Tarif einzuhalten. Danach bleibt der Tarifvertrag ein Rechtsgeschäft, in dessen Bereich jeder erst durch eigene Willenserklärung gelangt, sei es durch anfängliche oder nachträgliche Genehmigung. „Eine solche nachträgliche Genehmigung liegt bei einem Verbandstarif ohne weiteres vor durch Eintritt in den Verband, sie kann aber, wo ein Verbandstarif nicht vorliegt, auch auf andere Weise erfolgen.“

Auf die weiteren juristischen Darlegungen Dr. Leo's sowie die rechtliche Lage der Tarifverträge im Ausland einzugehen, unterlassen wir heute. Im nächsten Artikel werden wir den Stand der Tarifverträge in Deutschland erläutern, um dann in einem Schlußartikel den besonderen Anteil der Nahrungsmittelindustrie und im besonderen der Bräuereiarbeiter zu behandeln.

## Die Brauereien und Mälzereien von Straßburg und Umgebung und deren Arbeiter.

Wer sollte sich am Jahresabschluss nicht um die Bilanz seines Geschäftes kümmern? Gewiß wird sich kein Kaufmann diesen großen Fehler zuschulden kommen lassen und wird im neuen Jahr weiter wirtschaften, ohne sich zu kümmern, ob er im vergangenen Jahr Gewinn oder Verlust gehabt hat, und mit peinlicher Genauigkeit wird das Mehr oder das Wenig festgestellt.

Auch unsere Brauereibesitzer haben zum größten Teil schon ihre Bilanz gezogen. Da wir aber in Straßburg und Umgebung meistens mit Privatbesitzern zu rechnen haben, so ist es für den Fernstehenden jähler, sich ein Bild über die Rentabilität der Brauereien bzw. Mälzereien zu machen. Allein das eine ist sicher, daß mit einem erheblichen Gewinn durchwegs abgeschlossen wurde, denn die Brauereibesitzer haben es verstanden, dem Auge der Zeit zu folgen und es in ihnen nicht entgangen zu sein, daß der Markt für Bier in den letzten Jahren

Die Klein- und Mittelbrauereien sind von der Bildfläche verschwunden, nur noch zwei Brauereien mit je 20 bis 25 Arbeitern befinden sich im Reichsbild von Alt-Strasbourg und diese beiden Betriebe sind die kleinsten von Strasbourg, und Umgebung, die übrigen neun Brauereien beschäftigen durchgehend 40 bis 120 Arbeiter. In den Wägen der jetzigen Großbetriebe sind zum Teil noch Mälzereien in den Hintergebäuden zurückgeblieben, das ist aber auch alles, was noch darauf hinweist, daß vor Jahren hier das Geschäft dieser oder jener Firma stand, die jetzt in einem Vorort einen gewaltigen Komplex einnimmt. Also Kauf und Fusion haben eine Reihe dieser Großbetriebe verschwinden lassen, haben das Kapital in wenige Hände vereinigt, wodurch es möglich wurde, die besten technischen und maschinellen Erfindungen sich zuzueignen zu machen.

So häuften sich Gewinn auf Gewinn, aus den 10 000 wurden unter günstigen Produktionsbedingungen bald 100 000 und dann folgen halbe und ganze Millionen. Aber noch sind wir nicht bei der Vollendung zum Großbetrieb, denn innerhalb bestimmten Zeitraumes schließen wieder zwei bisherige Konkurrenten als Großbetriebe sich zusammen, das heißt, die Firmen bleiben noch einige Jahre zur Täuschung des Publikums bestehen, aber die Produktion, der Hauptzweck, ist schon vereinigt, oder es kommt eine kapitalkräftige Großbrauerei und kauft seinen Konkurrenten um eine Million seinen Betrieb ab und nach kurzer Zeit ist an Stelle der antehänglichen Brauerei ein Bierdepot oder Bierverandgeschäft entstanden. So geht es weiter, alle Hindernisse aus dem Wege räumend, dem Monopol, dem Kartell entgegen.

Dagegen trotten die Arbeiter dieser Betriebe, ohne mit der Wimper zu zucken, seit Jahren von Neujahr bis Silvester, von einem Tage zum andern in diese Bierfabriken, lassen diese Entwicklung unbeachtet an sich vorübergehen, ja, bewundern noch ihren Direktor oder Brauereibefehliger und denken dabei: Das muß doch ein heller Kopf sein, sonst wäre er nicht so weit gekommen. Derweil ist aber bei näherer Betrachtung diese Weisheit gar nicht so weit her, und wenn die Strasbourg Brauerei und Mälzereiarbeiter sich einmal laut und sonders die Mälze nehmen und ein kleines Redeengespel aufstellen wollten, so würden sie sich sehr bald erklären können, wie die halben und ganzen Millionen zusammengekommen sind.

Nur ein Beispiel: ein Hausgaltungsbudget für eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern stellt sich bei den gegenwärtigen Lebensmittelpreisen auf 2 123 Mk. in Strasbourg und Umgebung, dabei muß jeder Lurus vermieden werden. Man kann nun zugunsten der Brauereibefehliger noch annehmen, daß eine Frau, die zu Hause bleiben und alles ausbeseitigen und billige befragen kann, daß dann 128 Mk. eingebracht werden können jährlich, es bleiben dann aber immer für den Mann, in unserem Fall für den Brauereiarbeiter, noch 1 800 Mk., die er aufzubringen hätte. Dazu wäre aber nötig, daß er wöchentlich 3 1, 60 Mk. verdienen würde. In Strasbourg beträgt aber der Durchschnittslohn des Brauerei- und Mälzereiarbeiters kaum 22 Mk. Somit hat der Strasbourg Brauereiarbeiter die Woche um 12, 60 Mk. zu wenig Lohn, das sind im Jahr 655, 20 Mk. In Strasbourg und Umgebung sind circa 1000 Brauerei- und Mälzereiarbeiter beschäftigt, und diese erhalten nach dieser Aufstellung 655 200 Mk. zu wenig Lohn. Wir wollen nun annehmen, daß der Kontrakt nicht immer so groß war wie gegenwärtig, aber 100 Mk. jährlich macht er mindestens schon seit 30 Jahren für den einzelnen Arbeiter aus. Damit ergibt sich aber folgende Rechnung: Jeder Brauereiarbeiter hat die letzten 30 Jahre 1 200 Mk. zu wenig Lohn erhalten, das macht bei 1000 beschäftigten Brauerei- und Mälzereiarbeitern 1 200 000 Mk.

Kollegen von Strasbourg und Umgebung, wundert es euch noch, daß der Besitzer reich ist und ihr arm wie eine Kirchenmaus am Jahresjahre. Den organisierten Kollegen ist dies Mißverhältnis schon längst klar, und sie besüßnen euch nicht unkonst, ihr sollt einmal einsehen lernen, was uns allen not tut. Bis heute ist erst eine kleine Gruppe dem Maßstab gefolgt, die Mehrheit lebt gleichgültig in den Tag hinein, nicht ahnend, daß sie und ihre Familie dieses schimpfliche Verhalten mit der Gesundheit und dem Leben büßen müssen. Deshalb Kollegen, Arbeitsbrüder, folgt in Zukunft den Unterweisungen zu den Verammlungen und Versprechungen, rüft euch zum Kampf, schließt euch dem Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen an, denn:

Gebratene Tauben fliegen doch  
Von selbst auch nicht ins Maul,  
Nur schlechter wirds, so lang ihr noch  
Zum Denken seid zu faul!

Als Vätergenossen, jeder mache mit, keiner darf zurückbleiben,  
Wirt mit Fah, Janf, Reid und Zwieltrecht, laßt Friede, Liebe und  
Einigkeit einziehen in euer Inneres, denkt jederszeit an das Sprich-  
wort:

Was du nicht willst, das man dir tu,  
Das füg auch keinem andern zu!

So, Kollegen, werden wir dann brüderlich bereit der Arbeit  
ihre Fesseln lösen. Datum fest auf zum fröhlichen Kampf im  
neuen Jahre 1907!  
B. H.

## Der Fortschritt der Sozialpolitik im Jahre 1906.

In der bürgerlichen Presse, in den Unternehmerorganisationen, in den Parlamenten, kurz an allen Ecken und Enden ist das ganze verfloßene Jahr hindurch wieder jodelnd von Sozialpolitik und Sozialreform die Rede gewesen, daß ein Fernstehender meinen könnte, es werde bei uns seitens der Regierungen, der Volksvertretungen und aller Behörden nichts anderes getan, als an der Fortführung und an dem Ausbau der sozialen Gesetzgebung und aller dem allgemeinen Wohlfühl dienenden Einrichtungen gearbeitet. Sieht man aber näher zu, so zeigt sich, daß überall nur Worte gemacht werden, nichts als Worte, aber keine Taten. Man redet vom sozialpolitischen Eifer der Reichsregierung, während sie tatsächlich gar nichts tut, man schwärmt davon, daß für die Arbeiter schon viel zu viel an sozialer Fürsorge geschehen sei und daß die Industrie eine weitere Belastung nicht vertragen werde und das zu einer Zeit, da sich ein unermeßlicher Goldstrom von Gewinnen, Profiten, Dividenden und Zinnsätzen über die bedrückten Klassen ergießt und ihre Vermögen um Tausende und Millionen vermehrt werden.

Der Reichstag stand gleich bei seinem Zusammentritt gegen Ende des Jahres 1905 und im Herbst d. J. im Zeichen von Sozialdebatten und man hätte glauben können, daß die Flut von sozialen Anträgen, mit der die Regierung überschüttet wurde, sie zur Befähigung bringen und dem Schmelztempo der Sozialreform ein Ende bereiten würde. Nichts von alledem geschah, das „Zimmer langsam voran“, das vor 3½ Jahren von dem im letzten Jahr die sogenannte Sozialpolitik ausgedrückt wurde, tut immer noch seine Wirkung, und das Geschäft derer, die nicht genug vom Ausbau der Sozialpolitik zu reden wissen, wird wohl verhältnismäßig weniger angeht, der Laitsche, daß die Regierung absolut nicht daran denkt, ihren sozialpolitischen Aufgaben gerecht zu werden. Sie geht von Erhebungen, Vorarbeiten und Vorberichtigungen, politische Ereignisse aber nicht man vergebens. Dies zeigt so recht deutlich das verfloßene Jahr. Was darin von der Regierung an praktischer sozialer Arbeit geleistet worden ist, kann mit fünf Zeilen gesagt werden. Das zeigt sich ferner in deutlicher Weise an den Reden, die von Seiten der Regierungsvorredner in den letzten Wochen auf die Anträge und Forderungen der Reichstagsabgeordneten gehalten worden sind. Ausschläge, Ausreden, Versprechungen die Menge, aber von positiven Ergebnissen keine Spur und wo wirklich positives geleistet werden muß, wie in einigen Parlamenten der Einzelstaaten, sind es wieder die am Steuer der Regierung Esenden, die diese Regierungen zu verhindern wissen.

In geschäftigen Reformen hat uns das Jahr 1906 absolut nichts gebracht, doch sind dank der fortwährenden Bohrerfüße der sozialdemokratischen Partei, dank der sich immer wiederholenden Kritik an den bestehenden Zuständen speziell in den Kommunen und in einigen Bundesstaaten teilweise ganz nette und wertvolle Errungen-

schaften auf sozialpolitischem Gebiet für die Arbeiter erreicht worden. Die Reichsregierung hat im verfloßenen Jahr lediglich Erhebungen über die Heimarbeit, dieses Krebsgeschwür der bürgerlichen Gesellschaft, anstellen lassen und damit ihre sozialpolitischen Taten erschöpft, erste reformierende Schritte, um die in der Heimarbeit vereinigte Unsumme von Geld, Gehalt und Volkentartung zu beseitigen, sind nicht unternommen worden.

Der sozialpolitischen Betätigung der Einzelstaaten ist durch die Reichsregierung eine beschämend enge Grenze gezogen. Zimmerhin blicken sich zu sozialer Arbeit in den Landtagen eine Reihe von Mächtigkeiten, namentlich da, wo es sich um Angelegenheiten des Staats handelt, ferner wo die Einzelregierungen als ausführende Organe in Frage kommen, und endlich bei den Materien, wo die Kompetenz der einzelstaatlichen Regierungen unbefritten oder allein maßgebend ist.

Im verfloßenen Jahr war es unter den Bundesstaaten namentlich Bayern, das in richtiger Würdigung der Verhältnisse auf sozialpolitischem Gebiet verschiedene einschneidende Reformen in Angriff nahm und durchführte. Gleich zu Beginn des Jahres wurde dort eine Zentralstelle für Industrie, Gewerbe und Handel eröffnet. Diefelbe soll als gutachtliches Organ der Staatsregierung für wichtige wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten dienen. Neben den beiden Abteilungen für Industrie, Handel und Handwerk wird eine selbstständige Abteilung für Arbeiterschutz und Wohlfahrt stehen. Sie hat in Verbindung mit der Fabrik- und Gewerbeinspektion beim Schutz der industriellen und gewerblichen Arbeiter vor Gefährdung des Lebens und der Gesundheit in den Betrieben mitzuwirken und der Besserung der Arbeiterverhältnisse in wirtschaftlicher und ethischer Beziehung besondere Beachtung zuzuwenden. Zusammengefaßt wird die Zentralstelle aus 4 von den Gewerkschaften der Gewerkschaften gewählten Arbeitern, 2 von den Korporationen der Handlungsgeschäften in München und Nürnberg gewählten Handlungsgeschäften, dem Zentral-Fabrikinspektor, einem weiteren Fabrikinspektor und dem Wohnungsinspektor, zwei Arbeitervertretern und zwei bis drei Mitgliedern großer Arbeiterverbände, ferner je einem Professor der Gewerbehygiene, der Chemie und der Maschinenkunde. Von unserem Standpunkte aus ist die geringe Berücksichtigung der Arbeiterverbände zu kritisieren, ebenso muß das Ernennungsverfahren bei der Berufung der Arbeitervertreter und die geringe Kompetenz der Vertreter bemängelt werden. Zimmerhin hat aber die bayerische Regierung mit der Errichtung dieser Zentralstelle einen bedeutenden sozialpolitischen Schritt getan, was auch am besten dadurch gekennzeichnet wird, daß die bayerischen Handelskammern alle Hebel in Bewegung setzten, um den Plan der Regierung zunichte zu machen.

Das Personal für die Fabrik- und Gewerbeinspektion Bayerns ist um einen Assistenten und eine Assistentin vermehrt worden, zwei Assistenten wurden zu Inspektoren ernannt; im weiteren wurde ein Zentralwohnungsinspektor angefaßt.

Der Staatsminister Freißner von Podewills hat auch energische Schritte behufs Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die Hausindustrie getan.

In einem Erlaß hat die bayerische Regierung die weitere Errichtung von Gewerbegerichten auch in kleineren Gemeinden mit industrieller und gewerblicher Bevölkerung empfohlen. Der Erlaß weist darauf hin, daß auch für ländliche Bezirke mit starker Arbeiterbevölkerung das Bedürfnis nach Gewerbegerichten gegeben sei. Hoffentlich hilft dieser Wink mit dem Jauchpfahl und werden von den Gemeinden die so sehr notwendigen Gewerbegerichte ins Leben gerufen.

Auch sonst hat die bayerische Regierung viel sozialpolitisches Verständnis bewiesen; es sei nur an die Stellung zur Tariffrage, an die Aufforderung der Staatsanwälte, streng gegen die Unternehmensvorgänger, welche die Arbeiterschutzbestimmungen nicht hinreichend durchzuführen, und anderes mehr erinnert.

Der größte Bundesstaat im Reich, Preußen, hat seinen Arbeitern auf sozialpolitischem Gebiete fast nur Verschlechterungen gebracht. Die staatlichen Werftarbeiter glaubten mit dem Beginn des zweiten Jahresquartals die neunstündige Arbeitszeit zu erhalten, hatten jedoch vergebens gehofft, denn der Marineminister zog sich im Reichstage auf die Erklärung zurück, daß über die Einführung des Neunstundentages eine Entscheidung noch nicht gefällt werden könne, sondern die Frage noch weiter studiert werden müsse. Ebenso verhält es sich mit der Witwen- und Waisenversicherung der Seeleute, die als erster Schritt auf dem Gebiete der allgemeinen Witwen- und Waisenversicherung gelten soll. Die geforderte Einführung von Handelsinspektoren ist vom Bundesrat abgelehnt worden. Die Gehältern, Angestellten und Arbeiter des Handelsgewerbes müssen sich also noch weiter beiseiten, ehe ihnen diese geringfügige sozialpolitische Reform erfüllt wird.

Den berechtigten Wünschen der Bergleute nach Erhaltung und Erweiterung ihrer Rechte wird in keiner Weise Rechnung getragen. Die Knappschätzreform, die von der Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses in ihrem Sinn zurechtgemacht worden ist, befriedigt in keiner Weise, und es ist nur der besonnenen Haltung der Bergarbeiter zu danken, daß nicht längst ernste Störungen in der Bergwerksindustrie vorgekommen sind. Für die preussischen Eisenbahnwerftstättenarbeiter hat das Vorangehen der süddeutschen, sowie der odenburgischen und medlenburgischen Eisenbahnverwaltungen den Neunstundentag gebracht. Mit Beginn des Jahres wurde diese Maßregel versuchsweise in vier Hauptwerftstätten eingeführt, um nach und nach auch in den übrigen Direktionsbezirken zur Anordnung zu kommen. Die allgemeine Einführung des Neunstundentages in den größten staatlichen Betrieben Deutschlands kann man wohl als den Sieg eines Prinzipis bezeichnen, wenn auch verschiedene Staatsbetriebe des Auslands bereits mit der Einführung des Achttundentags den deutschen Bahnverwaltungen um ein gutes Stück voraus sind. Die Eisenbahnverwaltungen haben aber noch große sozialpolitische Aufgaben zu erfüllen, die nächste Aufgabe wird die sein, auch der Arbeiter- und Beamtenchaft im Fahr- und Bahnhofsdiens ähnliche Rechte wie den Werftstättenarbeitern zukommen zu lassen. Für sie besteht noch nicht einmal der Neunstundentag als allgemeine Norm.

Ebenso wie in Preußen ist auch in reaktionären Sachsen nichts nennenswertes erreicht und getan worden. Die Minderwertigkeit der sächsischen Regierung wird am besten durch die Stellungnahme illustriert, die sie zur Frage der Regelung der Heimarbeit eingenommen hat. Durch die offizielle „Leipziger Zeitung“ wurde die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Heimarbeit im allgemeinen als undurchführbar (!) bezeichnet und nur die Unterstellung einzelner Industriezweige unter die Gewerbeordnung empfohlen. Als Mittel zur Abhilfe wird die Registrierung der Heimarbeiter, die Ausübung einer gewissen Sanitätspolizei und Wohnungsinspektion, die Errichtung von Zentralwerkstätten mit Strathalle und die Anregung zur Selbsthilfe durch Bildung von Genossenschaften befürwortet. Ein Anfang mit ernsthaftem Handeln wird aber nicht gemacht.

In Elsaß-Lothringen ist eine Assistentin für die Gewerbeinspektion angefaßt worden, nachdem der Beschluß hierzu vom Bundesauschuss schon in der vorjährigen Session angenommen war. In Baden ist eine neue Fabrikinspektorstelle einem Arzt übertragen worden und damit zum erstenmal ein Arzt in die deutsche Fabrikinspektion gerufen worden.

St. Peterberg hat, nachdem die staatlichen Arbeiter seit fast einem Jahrzehnt immer und immer wieder die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit und die Abschaffung der Akkordarbeit verlangt hatten, diesen Forderungen endlich stattgegeben. Ebenfalls ist seit Jahren von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Büttemberg eine Revision der Gewerbeinspektion verlangt worden. Insbesondere wurden vier Aufsichtsbezirke (statt drei) für das Land verlangt, sowie eine Vermehrung des Aufsichtspersonals, um mindestens jeden Gewerbebetrieb einmal jährlich einer Revision unterziehen zu können. Der Landtag hat diesen Forderungen zugestimmt und ist die württembergische Regierung den mit diesen Beschläßen ausgeprochenen Wünschen der Kammer in den letzten Jahren nachgekommen. Einen bemerkenswerten Schritt hat die württembergische Polizeiverwaltung mit der Vergrößerung des Postdienstes an Sonntagen getroffen. Namentlich der Wegfall der Paletbestellung, der Bestellung von Nachmittagsleistungen u. a. m. bräute einer ganzen Anzahl Postbeamter große Erleichterungen.

Erfreulichere Resultate sind auf dem Gebiete der kommunalen Sozialpolitik zu verzeichnen. Eine ganze Anzahl Stadtgemeinden haben für ihre Arbeiter im Hinblick auf die mehr und mehr sich steigende Lebenshaltung Teuerungszulagen gewährt oder eine Regelung der Löhne vorgenommen, ebenso ihren Beamten und Arbeitern Gehaltsgulden bewilligt, Küche- und Hinterbliebenenversorgung eingeführt, verschiedene Städte gingen dazu über, einzelnen Kategorien ihrer Arbeiter den achttündigen Arbeitstag zu gewähren. Bei der kommunalen Verwaltung macht sich eben unftreitig der Einfluß der sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeinde- und Bürger-Versammlungen mehr geltend, als dies in den Parlamenten möglich ist.

Ziehen wir das Fazit des Jahres 1906, finden wir, daß mancher schätzbare Fortschritt, manche Verbesserung erreicht worden ist, daß aber die Reichsregierung vollständig, wie schon seit Jahren, versagt hat. Dies wird auch erst anders werden, wenn die proletarischen Wählermassen eingesehen haben, daß die bürgerliche Mehrheit des Reichstags nur für Steuerbewilligungen, nicht aber für Sozialpolitik, für Forderungen, Wünsche, Hoffnungen und die ganze Wohlthat des Volkes zu haben ist. Durch die erfolgte Auflösung des Reichstags hat die Regierung den Wählermassen Gelegenheit gegeben, in den nächsten Reichstag Männer zu wählen, denen das Wohl des arbeitenden, beschloßenen Volks das höchste Gesetz ist, und es liegt jetzt an ihnen, ob sie die Nutzenwendung ziehen und ihre Interessen mit der Abgabe ihrer Stimme an die richtigen Männer wahren wollen.

Noch eine andere Lehre drängt sich auf, die jedoch ebenfalls nicht neu ist, nämlich die, daß es verfehlt wäre, sich allein auf die Staatshilfe zu verlassen. Die deutsche Arbeiterschaft ist in dieser Beziehung auch seit jeher von den herrschenden Klassen nicht verstanden worden; denn nicht nur, daß der Staat ihr nicht geholfen hat, er hat sie vielmehr obendrein auch noch an der eigenen wirksamen Selbsthilfe gehindert, wie die fortwährenden Verfolgungen der Arbeiterbewegungen beweisen. Aber trotzdem ist die Organisation der Selbsthilfe mächtig fortgeschritten und z. B. in der Form der Gewerkschaften geht sie sich in tausenden Kämpfen das selbst, was ihr die Staatshilfe vorenthält.

Wir wollen und müssen daher vor allem die bewährte Selbsthilfe hochhalten und immer mächtiger gestalten, aber wir wollen trotzdem nicht auf die Staatshilfe verzichten, sondern fordern auch sie für die Förderung unserer Interessen. Wir wollen nicht das eine oder das andere, sondern das eine und das andere. Dann endlich wird auch die Sozialpolitik über ihren heutigen toten Punkt hinauskommen und wieder fruchtbar werden.

## Die Kämpfe der Gewerkschaften im Jahre 1905.

II.

### Die Angriffsstreiks.

An den 1261 Angriffsstreiks, die 1905 zu verzeichnen sind, waren 50 Organisationen mit zusammen 319 197 männlichen und 14 041 weiblichen Streikenden beteiligt. Um Verkürzung der Arbeitszeit wurden 36 Streiks mit 3721 Beteiligten geführt. Von diesen hatten 14 Streiks mit 767 Beteiligten vollen und 12 Streiks mit 2499 Beteiligten teilweisen Erfolg. Wegen Lohnherhöhung wurden 560 Streiks mit 48 572 Beteiligten geführt, von denen 341 Streiks mit 22 566 Beteiligten vollen, und 117 Streiks mit 16 748 Beteiligten teilweisen Erfolg hatten. 543 Streiks mit 276 877 Beteiligten fanden statt zwecks Verkürzung der Arbeitszeit und gleichzeitiger Lohnherhöhung. Hierunter erbluten 306 Streiks mit 22 693 Beteiligten mit vollen und 142 Streiks mit 28 409 Beteiligten mit teilweisem Erfolg. Insgesamt hatten 722 = 57,9 Proz. der Angriffsstreiks vollen Erfolg und 307 = 24,6 Proz. teilweisen Erfolg aufzuweisen. 207 Angriffsstreiks waren erfolglos, von 12 ist das Resultat unbekannt und 13 waren am 1. Januar 1906 noch nicht beendet. Von den Beteiligten hatten 47 473 = 14,2 Proz. vollen und 48 381 = 14,5 Proz. teilweisen Erfolg. Der erfolglose verlaufene rheinisch-westfälische Bergarbeiterstreik, an dem allein über 215 000 Personen beteiligt waren, beeinflusst das Gesamtergebnis sehr erheblich. Betrachten wir diesen Streik als eine Ausnahme und legen der Prozentberechnung nur die Zahl der an den übrigen 1260 Angriffsstreiks Beteiligten zugrunde, dann können wir für 40,2 Proz. vollen und für 41 Proz. teilweisen Erfolg konstatieren. Die Gesamtkosten der Angriffsstreiks betragen 5 868 622 Mark.

Seit dem Jahre 1900 wurden insgesamt 3344 Angriffsstreiks geführt, und zwar im Lohnherhöhung 1879, um Verkürzung der Arbeitszeit nebst Lohnherhöhung 1463, um Verkürzung der Arbeitszeit 95. Den übrigen 407 Streiks lagen andere Forderungen resp. Ursachen zugrunde.

Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der Beteiligten	Vollen Erfolg		Teilweisen Erfolg	
			Zahl	Prozent	Zahl	Prozent

Angriffsstreiks.						
Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der Beteiligten	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent
1900	514	36 786	237 46,1	27356 31,5	161 31,3	33088 38,1
1901	291	22 761	109 37,4	6487 28,5	92 31,6	7241 31,4
1902	289	32 659	117 42,4	8014 24,5	71 23,7	17556 53,7
1903	603	53 763	281 46,6	17042 50,3	154 25,5	22379 41,6
1904	886	81 427	509 57,4	37882 46,5	213 24,0	24428 30,0
1905	1261	333 238	722 57,9	47473 14,2	307 24,6	48381 14,5
Gesamt	3344	610 626	1975 51,3	144254 23,6	1007 26,2	153 073 25,1

Verkürzung der Arbeitszeit.						
Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der Beteiligten	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent
1900	16	4 118	11 68,7	1291 31,1	2 12,5	25 0,6
1901	5	188	3 60,0	72 38,2	1 20,0	44 23,4
1902	1	6	1 100	6 100	—	—
1903	13	1 241	753,8	55 4,4	2 15,4	85 6,8
1904	24	1 095	1770,8	556 50,8	3 12,5	260 23,7
1905	36	3 721	1438,9	767 20,6	12 33,3	249 67,2
Gesamt	95	10 369	53 54,7	2747 26,5	20 21,1	2913 28,1

Lohnherhöhung.						
Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der Beteiligten	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent
1900	204	31 081	95 46,6	13568 43,7	64 31,4	10784 34,7
1901	127	11 323	55 43,3	4127 36,4	34 26,7	3705 32,7
1902	185	17 899	87 48,9	6023 33,6	41 23,0	6700 37,4
1903	323	27 918	163 50,4	7347 26,3	85 26,3	14264 51,1
1904	480	44 691	292 60,9	21805 48,8	103 21,5	11245 25,2
1905	560	48 572	341 61,6	22566 46,5	117 21,1	16748 34,5
Gesamt	1879	181 484	1033 55,0	75436 41,5	444 23,6	63446 33,4

Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnherhöhung.						
Jahr	Zahl der Streiks	Zahl der Beteiligten	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent
1900	240	49 250	104 43,3	11169 22,7	88 36,6	21827 44,3
1901	108	6 316	37 34,3	1815 28,7	51 47,2	3254 51,5
1902	60	13 587	17 28,3	1476 10,8	26 43,4	10492 77,2
1903	209	22 584	35 40,9	8596 38,0	57 27,2	7597 33,6
1904	303	31 327	160 52,6	14127 45,1	97 32,0	12139 38,7
1905	543	276 877	306 56,7	22693 8,2	152 28,1	28409 10,3
Gesamt	1463	399 941	709 48,4	59876 15,0	471 32,2	84312 21,1

### Die Abwehrstreiks.

Zur Zurückweisung der von den Unternehmern vermittelten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen wurden 809 Streiks statt an denen insgesamt 30 679 Personen, 28 494 männliche und 2185 weibliche, sich beteiligten. Erfolgreich endeten 445 = 56,9 Prozent dieser Streiks und zwar kamen hierbei 18 711 = 61,0 Prozent aller Beteiligten in Frage. Teilweisen Erfolg hatten 102 = 13,1 Prozent

der Streiks mit 5481 = 17,8 Prozent der Beteiligten. 213 Abwehrstreiks verliefen erfolglos, von 22 ist das Resultat unbekannt und 27 waren am Schlusse des Jahres noch nicht beendet. Die Gesamtansgabe beträgt 871 840 Mt.

Die Abwehr richtete sich in 14 Fällen gegen den von den Unternehmern verlangten Austritt aus der Organisation. Hierbei kamen 708 Beteiligte in Betracht, von denen in zwei Fällen insgesamt 242 Erfolg hatten. Wegen Maßregelung streikten 4373 Personen in 150 Fällen, von denen 61 Streiks für insgesamt 1757 Personen mit vollem und 20 Streiks für 762 Personen mit teilweisem Erfolg beendet wurden. Um Lohnreduzierungen zu verhindern, wurde in 296 Fällen von 1141 Personen die Arbeit eingestellt. 170 Fälle mit 6472 Beteiligten waren erfolgreich und 52 Fälle mit 3208 Beteiligten hatten nur teilweisen Erfolg. Eine Verlängerung der Arbeitszeit mußte in 31 Fällen abgewehrt werden, was in 18 Fällen vollkommen und in 13 Fällen zum Teil gelang. Die Nichterhaltung der allgemeinen üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen erforderte 103 Arbeitseinstellungen, an denen insgesamt 3386 Personen sich beteiligten. Von diesen Streiks verliefen 67 mit 2248 Beteiligten erfolgreich und 8 Streiks mit 472 Beteiligten teilweise erfolgreich. Wegen der Einführung einer Fabrikordnung, wegen schlechter Behandlung der Arbeiter und aus verschiedenen sonstigen Ursachen machten sich insgesamt 25 Arbeitseinstellungen notwendig, von denen 127 mit Erfolg und 19 mit teilweisem Erfolg beendet wurden. Von den seit Anfang des Jahres 1900 bis Ende 1905 geführten 3242 Abwehrstreiks wurden 1588 (49,0 Prozent) mit vollem und 446 (13,7 Prozent) mit teilweisem Erfolg beendet. Für die Streikenden, deren Zahl 123 733 beträgt, ist das Resultat nicht ungünstig, da für 64,0 Prozent Erfolg zu verzeichnen ist. Nähere Angaben enthält die folgende Tabelle.

Table with 4 main columns: Jahr, Zahl der Streiks, Zahl der Beteiligten, and two sub-columns for 'Vollen Erfolg' and 'Teilweisen Erfolg' (Zahl, Prozent).

Table titled 'Austritt aus der Organisation' with columns for Jahr, Zahl der Streiks, Zahl der Beteiligten, and success metrics.

Table titled 'Maßregelung' with columns for Jahr, Zahl der Streiks, Zahl der Beteiligten, and success metrics.

Table titled 'Lohnreduzierung' with columns for Jahr, Zahl der Streiks, Zahl der Beteiligten, and success metrics.

Table titled 'Verlängerung der Arbeitszeit' with columns for Jahr, Zahl der Streiks, Zahl der Beteiligten, and success metrics.

Table titled 'Nichterhaltung der allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen' with columns for Jahr, Zahl der Streiks, Zahl der Beteiligten, and success metrics.

mußte: die Mehrheit seines Vorstandes habe beschlossen, in Zukunft nicht mehr Mitglieder an den Kurien teilnehmen zu lassen, da es sich nicht rechtfertige, solche Einrichtungen nur einzelnen zugute kommen zu lassen. Mit Recht wurde dem entgegengehalten, daß es dem Vorstande ja freistünde, nicht bloß Verbandsangehörige, sondern auch anparteilich beschäftigte Mitglieder an den Kurien teilnehmen zu lassen, und daß es sich sogar empfiehlt, auf diese Art einen wichtigen Nachwuchs von Verbandsvertretern heranzuziehen, anstatt die ohnehin überlasteten Gewerkschaftsbeamten noch mit der Teilnahme an den Kurien zu überbürden. Der Vorstand des Zentralverbandes der Maurer stellt in Aussicht, daß sein Verband in jedem Jahre 50 Mitglieder zu den Kurien das gleiche Interesse entgegenbringen, so werde man bald solche Kurie während des ganzen Jahres mit dauernd beforderten Lehrkräften abhalten können.

Im übrigen wurden zahlreiche Wünsche in bezug auf den Termin der Kurie, auf die Gestaltung derselben und auf die Drucklegung der Vorträge geäußert. Für eine Ausdehnung der Kurie auf die Dauer von 6 Wochen erklärten sich 28 Vorstände. Nur für Herbstkurie stimmten 17, während 18 Vorstände erklärten, daß ihre Organisationen auch Frühjahrskurie beschicken können. Den Ausführungen des Vorsitzenden, daß eine kritische Besprechung der Unterrichtskurie in der Fachpresse vermieden werden müsse, stimmte die Konferenz zu.

Die Beratung über die Auslegung der Kölner Resolution 1905 betr. Streikunterstützung bedeuete eine Reihe von Unzutrefflichkeiten auf, die sich im Verlaufe der Unterstützung von Streiks und Ausprägung aus allgemeinen Sammlungen ergeben hatten. Es zeigte sich, daß die Konferenz im allgemeinen der Auffassung der Generalkommission zustimmte, wonach Unterstützungen aus allgemeinen Mitteln nur während der Dauer von Ausständen gestattet werden, darüber hinaus nur in ganz außerordentlichen Notfällen. Die Konferenz stimmt folgender Regelung zu:

„Zur Frage der allgemeinen Streikunterstützungen gilt als Grundgesetz, daß mit der Beendigung des Kampfes, für den gesammelt wurde, auch die Auszahlung der gesammelten Gelder an die betreffende Gewerkschaft aufhört.“

Es bleibt der Generalkommission überlassen, in dem Falle, daß sich die betreffende Gewerkschaft bei bzw. kurz nach der Beendigung des Kampfes, für den gesammelt wurde, und infolge desselben in einer ganz außergewöhnlichen Notlage befindet, nachzuweisen, ob sich eine weitere Unterstützung nach Beendigung des Kampfes noch rechtfertigt.“

Zur Frage der Jugendorganisation berichtet Legien, daß die Generalkommission, durch die Berliner Jugendorganisation zur Stellungnahme veranlaßt, mit dem Parteivorstande über diese Frage verhandelt habe, da eine einheitliche Behandlung der letzteren seitens der politischen und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung erwünscht sei. Die Generalkommission halte eine besondere Zentralorganisation der Jugendlichen nicht für zweckmäßig, weder in der Vertretung wirtschaftlicher Interessen, noch auf dem Gebiete der Jugendberziehung, sondern eher als nachteilig. Nicht die Schaffung einer Jugendorganisation, sondern eine zweckentsprechende Organisation der Jugendberziehung müsse die Aufgabe sein, an der Partei und Gewerkschaften gleichermaßen arbeiten sollten. Die Organisation der jugendlichen Arbeiter müßte sich die Gewerkschaften mehr angelegen sein lassen. Die einzelnen Gewerkschaftsvorstände und Verbandstage sollten sich eingehend mit der Frage befassen, wie die Jugendlichen zu den Gewerkschaften besser heranzuziehen und in diesen zu erhalten seien. Dann müßte der nächste Gewerkschaftskongress besonders sich mit der Frage der jugendlichen Arbeiter und des Lehrlingswesens beschäftigen, wozu die nächste Vorstandskonferenz entsprechende Vorschläge unterbreiten könne.

Die Konferenz stimmte diesen Ausführungen zu. An letzter Stelle beschäftigte sich die Konferenz mit der Herausgabe eines Jahrbuches. Der Vorsitzende teilte mit, daß die Generalkommission ein solches Jahrbuch herausgeben wolle, sobald die Konferenz der Vorstände ein Bedürfnis dafür anerkenne. Das Jahrbuch solle dann in Halbjahresheften im Gesamtumfang von 25-30 Bogen erscheinen und die Statistiken der verschiedensten Art, sowie die Berichte über die Kongresse und Generalversammlungen in etwas erweiterter Form enthalten, wodurch das „Corr.-Bl.“ wesentlich entlastet würde und mehr seinen weiteren Aufgaben gerecht werden könnte. Die Gratis-Ausgabe des Jahrbuchs sei auf 2-3000 Exemplare beschränkt, doch könne es darüber hinaus auch weiteren Gewerkschaftskreisen zum Selbstkostenpreise von etwa 1,20 Mt. pro Jahr zugänglich gemacht werden. Auszugsweise werden die Statistiken und Kongressberichte im „Corr.-Bl.“ natürlich auch in Zukunft behandelt.

Nach kurzer Debatte erklärten sich 26 Vorstände für die Notwendigkeit der Herausgabe eines Jahrbuchs, und 11 dagegen.

Eine Anregung in bezug auf ein einheitliches Schema für Uebereinstimmungen wurde dem Antragsteller zur weiteren Ausarbeitung und Mitteilung an die Gewerkschaftsvorstände überlassen.

Damit war die Tagesordnung der zweitägigen Konferenz erschöpft.

Bewegung im Berufe.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

† Zugzug ist fernzuhalten nach Andernach, Norden, Duisburg, Straubing und Coblenz.

† Der „Doornlaats-Schnaps“ ist infolge des Kampfes mit der Brauerei und Brennerei Doornlaats in Norden boykottiert. Kollegen, sorgt für Ausführung dieses Beschlusses!

Der Nordener Schnapskrieg.

Der Stand des Kampfes ist unverändert und er wird es auch noch lange sein, denn nach der Ablehnung der Unterhandlung, welche die Kartelle von Norden, Emden und Wilhelmshaven angeboten hatten, wird von unserer Seite sobald ein weiteres Angebot nicht erfolgen. Mag Herr Doornlaats noch so hochtrabend sein, mag er erklären, so lange er lebe, gebe er nicht nach, dann müssen wir eben warten, bis er stirbt. Alle Ausstreunungen, der Schnapsverbrauch sei nicht gekümmert, locken uns nur ein mittelgroßes Sacheln ab. Mit 18 Mann weniger sollte man dieselbe Arbeit leisten können und noch dazu mit minderwertigen Leuten, wie es die Streikbrecher meistens sind? Und weiter: die Brennereien in Leer können der Nachfrage nicht mehr genügen, die Weener und Oldenburgischen Brennereien machen ein großes Geschäft, wie ich mit eigenen Ohren zu hören Gelegenheit hatte — auf Kosten des „Doornlaats“. Der Geldbeutel des Doornlaats ist groß, größer noch sein unbefangter „Herrnsinn“, aber dem Geldbeutel Doornlaats steht die Macht des Brauereiarbeiterverbandes gegenüber und die Solidarität der Arbeiterschaft.

Ungezählte Tausende, das gibt er ehrlich zu, kostet ihn heute dieser Kampf, aber leben könnte er aus seinem Schnapsgeschäft noch ganz gut, wenn auch etwas bescheidener. Aber wie ein Meißelgewicht hängt die Brauerei, die völlig darniederliegt, an ihm, und wie ein Damoklesschwert schwebt die Sorge um das Frühjahr über ihm. Er kennt seine unzuverlässigen Kadetten von Streikbrechern ganz genau. Auf daß ohne Aussicht auf Erfolg hier wieder einer entlassen werden, weiß wegen fähiger schwerer Betrunkenheit. Und daß ihm seine Moorbauern davon laufen, sobald die Sonne wärmer scheint, das weiß er auch. Deshalb will er jetzt schon in den Geldbeutel greifen und ihnen Lohnzulagen geben. Aber auch das wird wenig nügen. Er rechnet darauf, daß wir bis dahin zu Kreuze getrauen sind. Wir lachen dessen! Wir lachen auch seiner schwarzen Listen. Momentan üben sie ihre Wirkung aus. Zur Winterzeit bekommt keiner unserer Streikenden Arbeit in Norden, ja in Nörtenland. So wie die Verhältnisse in dieser Gegend liegen, werden die Herren Arbeitgeber froh sein, wenn sie die Leute haben können. Wir warten die Zeit ab.

Und diese polizeilichen und gerichtlichen Schikanen? Ach, wir spotten ihrer; sie fördern nur unsere Boykott. Das sollte bewirken die Saalabrieuungen. In Nordener, sollte am 22. Dezember eine öffentliche Volks-

versammlung stattfinden. In letzter Minute zwang der Einfluß Doornlaats von Saalinghaber, sein Wort zurückzuziehen. Das zog besser, wie die schönste Rede: die Spende von über 78 Mt. für die Wehrmachtversicherung der Streikenden war die sofortige Antwort, und die weitere wird die allerhöchste Durchführung des Boykotts sein.

Gespammt hätten wir sein auf die Rolle, welche der Herr Kommerzienrat Doornlaats vor dem Landgericht in Aurich in der Verhandlung resp. Verurteilung der Verurteilten Kollegen, welche zu diesen hohen Strafen wohl hauptsächlich auf Grund der Rede — von Zeugenansagen konnte keine Rede sein — des gewichtigen Zeugen Doornlaats verurteilt sein dürften, spielen wird. In dem Gerichtskenntnis des Schöffengerichts ist von seiner langen Aussage, wenigstens als seine Aussage, kein Wort erwähnt. Wenn er ebenfalls auf die Zugeschäft vor den Verurteilten und einer sachgemäßen Verteidigung verzichtete wolle, dann ist uns dort seine Unmenslichkeit doppelt wertvoll. Wir freuen uns auf ein Wiedersehen in Aurich.

Alt und Jung, wie die Kollegen aus dem Geschäft herausgegangen sind, stehen sie heute noch unentwegt im Kampf, keiner machte den Weg nach Canossa, wo dem reinigen Sünder um den Preis seiner Ehre gewiß gerne Verzeihung und Arbeit gewährt würde. Und so wird der Kampf weitergeführt werden.

† Kottbus. Die Kottbuser Lohntarife sind abgelauten, die Kollegen haben einige sehr berechtigte Wünsche an die Arbeitgeber gerichtet. Die während der Bierpreisbewegung sich gesammelten geschlossenen Brauereien haben mit einem Gegenseitig antwortet, der für die Arbeiter Verschlechterungen gegenüber den bis jetzt bestehenden Verhältnissen vorsieht. Außer Lohnkürzungen für manche Kategorien soll die Sonntagsarbeit verlängert, für die Hilfsarbeiter die Ueberstundenbezahlung von 50 auf 40 Pfg. heruntergesetzt, der den Arbeitern bis dato bezahlte Krankenzuschuß auf Grund des § 616 des B. G. B. entzogen werden usw. Die Arbeitgeber haben durch die Preis-erhöhung sich trotz der Steuer einen größeren Gewinn gesichert, den Arbeitern, die alle Lebensmittel jetzt teurer bezahlen müssen, deren Anstrengungen durch Verwollkommnung der Betriebe täglich wachsen, werden Verschlechterungen geboten. Endlich gehen auch den Inorganisierten die Augen auf. Verhandlungen lauden noch nicht statt. Von dem ferneren Verhalten der Arbeitgeber wird es abhängen, wenn der bisherige Frieden weiter gesichert bleiben soll. Der Zugzug aller Brauereiarbeiterkategorien nach Kottbus ist streng fernzuhalten!

Korrespondenzen.

Wolfs. Es ist bedauerlich, daß in letzter Zeit unsere Versammlungen so schlecht besucht werden, da es doch so sehr viel zu besprechen gibt nach den letzten Vorlesungen in der Vereinsbrauerei Wolfs. Es ist grundfalsch, die ganze Arbeit den Vorstandsmitgliedern zu überlassen. Auf mehrseitigen Wunsch wurde zum 8. Dezember eine Versammlung einberufen bei einem Gastwirt, der uns in unserer Bewegung im vorigen Jahre unterstützt hat, aber das Resultat war genau dasselbe, wie im „Vorwärts“. Die auswärtigen Kollegen waren anwesend, jedoch die hiesigen, und gerade diejenigen, welche den Wunsch ausgesprochen hatten, glückten durch Abwesenheit. Soll diese Lethargie so weiter gehen? Oder wollen wir arbeiten und das, was wir jetzt erlangen, festhalten und noch weiter ausbauen! Stets muß agitiert werden, um die Zahlstelle zu vergrößern. Laßt deshalb die Gleichgültigkeit beiseite und beachtet fleißig die Versammlungen und tretet fest für den Verband ein; besonders gilt das letztere für die Bierfahrer, die doch von dem Hofmeister genug zu leiden haben. Auch muß darauf hingewiesen werden, daß die Beiträge pünktlicher bezahlt werden müssen, damit der Kassierer nicht bis zum Hals damit kämpfen muß.

Breslau. Am 12. Dezember fand „Im kühlen Strand der Ober“ unsere Mitglieder-Versammlung statt. Kollege Jacobs gab die Abrechnung für das 3. Quartal. Unter „Verschiedenes“ wurde über die Lage innerhalb der Brauereien berichtet und wurde u. a. die Entlassung eines organisierten Kollegen in der Brauerei Hahn zur Sprache gebracht; derselbe ist wegen Tragens von Bier aus der Brauerei entlassen worden. Von der Verbandsleitung konnte nichts dagegen unternommen werden, denn was tariflich festgelegt ist, kann nicht angefochten werden und sollten sich das alle Kollegen zur Warnung dienen lassen. Ferner wurde betont, daß bei vielen Heberereien mit den Betriebsleitungen die Uneinigkeit unter den Kollegen viel mit daran schuld ist, wenn eine Sache nicht immer zu ihren Gunsten ausfällt. Scharf kritisiert wurde das Verhalten des Kassierers des Breslauer Bundesvereins, Buch, der sich eine Stunde vor der Frühstückspause in der Schmirbude oder auf dem Schlander herumdrückt, Beiträge einzahlt und nebenbei noch Agitation betreibt. Daß von Seiten der Brauemeister oder der Geschäftsleitung etwas dagegen gesagt worden wäre, ist bisher noch nicht wahrgenommen worden. Aber wir wissen ganz genau, welches Hallo angeschlagen würde, wenn ein Mitglied des Verbandes sich während der Arbeitszeit mit dergleichen Sachen in irgend einer Brauerei sehen ließe. Sollte Herr Buch sich nicht zur Einstellung seines Verfahrens bequemen wollen, so würde dem Verband der Brauereiarbeiter nicht weiter übrig bleiben, als den Verzicht der Brauereien anzunehmen, damit er gezwungen wird, dieses Tun auf andere Zeiten zu verlegen. Es ist in diesem Jahre in einer Brauerei ein Kollege wegen ihm nicht nachgewiesener Agitation gewissermaßen gemißregelt worden, indem er vom Lagerkeller in den Gärtler, zum Bierlaufen usw. kam; welche Taktik damit verbunden war, war ja klar herauszusprechen. Und was dem einen recht ist, ist dem anderen billig; das sollten sich doch die Herren vom Bunde in ihr Stammbuch schreiben.

Deffau. Ueber die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine sprach am Sonnabend der Gen. Pauli vor den Mitgliedern der hiesigen Zahlstelle. Der Redner wies an der Hand der einzelnen Bestimmungen des Gesetzesurteils, betreffend die Regelung der Rechtsverhältnisse der Berufsvereine, nach, daß es bei diesem Gesetz auf eine Befreiung des Koalitionsrechts abgesehen sei. Einen offenen Angriff auf das Koalitionsrecht wagten sich die Schärhauer und die Regierung nicht zu unternehmen, deshalb beruhen sie auf Umwegen, bei der Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Gewerkschaften zu ihrem schneidig erstrebten Ziele zu gelangen. Durch einen energischen Protest, am besten durch eine mächtige Stärkung aller Arbeiterorganisationen müßten die organisierten Arbeiter Deutschlands die Verweigerung dieses Entwurfs zu verhindern suchen. Darum, Brauereiarbeiter Deffaus, hinein in die Organisation! Die Zeit ist ernst! Rings um uns herum den geschlossenen Feind, welcher jeden Augenblick ausbricht, die uns länglich zustehenden Rechte zu vernichten. Wir stehen hierorts vor der Tarifverneuerung, wir werden aber nur den Machtverhältnissen entsprechend Vorteile für uns erlangen. Darum bleibe keiner abseits stehen und sehe zu, wie seine Mitbrüder bemüht sind, bessere Verhältnisse zu schaffen. Wir wollen in Deffau nicht zurückbleiben und uns als würdiges Glied in die Reihen der um ihr Recht kämpfenden Klassengenossen stellen.

Duisburg. In der Versammlung am 9. Dezember wurde nach einer Aufnahme und Bekanntgabe der Abrechnung vom dritten Quartal der Bericht von der Bezirkskonferenz erstattet, an welchen sich eine lebhaft erhaltene Knüpfte. Im Verschiedenen wurden nochmals die Mißstände der Brauerei in Duisburg kritisiert, daß die Brauereileitung Versprechen auf Versprechen gibt, aber keine Tatsache folgen läßt. Eine Kommission soll vorstellig werden, um die Herren an ihre Pflichten zu erinnern.

Grünau. In einer gutbesuchten Versammlung am 9. Dezember sprach Genosse Schröder, Leipzig, über den Kapitalismus in seinen verschiedenen Gesichtspunkten: Merkmal, Mittelalter und Gegenwart, am Schlusse die Kollegen auffordernd, sich der politischen Organisation anzuschließen. Zur Gewerkschaftlichen wurde wieder gerügt, daß die Bierfahrer von Hohnstadt von ihrem Urlaub keinen Gebrauch machen. Es ist zu bedauern, daß die Kollegen nicht einhalten, was ihnen zusteht. Kollege Bar teilte der Versammlung mit, daß die Direktion der Stadtbrauerei Grünau die

Konferenz der Vertreter der Vorstände der Zentralverbände.

Berlin, den 26. und 27. November 1906.

Die vierte Konferenz der Vertreter der Vorstände der Zentralverbände war besonders der Wichtigkeit auf die Notwendigkeit, anläßlich der Vorlage des Gesetzesentwurfes betr. Eingetragene Berufsvereine einen außerordentlichen oder allgemeinen Gewerkschaftskongress einzuberufen. An die Entscheidung über diese aktuelle Frage schlossen sich weitere Beratungen an über den Internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongress zu Stuttgart 1907, über die Weiterführung und Ausgestaltung der gewerkschaftlichen Unterrichtskurien, über die Auslegung der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses betr. Streikunterstützung, über die Frage der Jugendorganisation und über die Herausgabe eines Jahrbuches der deutschen Gewerkschaften.

(Die Ausführungen wegen Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses strichen wir in diesem Berichte, weil durch die Reichstagsauslösung die Gesetzesvorlage über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine zurzeit gegenstandslos geworden ist. Red.)

In bezug auf die Delegation zum nächstjährigen Internationalen Kongress in Stuttgart hatte der Parteivorstand eine Kontingenzierung der Delegiertenzahl der deutschen Nation auf 300 vorgeschlagen, wonach auf die politische Partei und auf die Gewerkschaften je 150 Vertreter entfielen. Die Zustimmung der Konferenz zu dieser Einschränkung vorausgesetzt, unterbreitete die Generalkommission geeignete Vertretungsvorschläge, denen die Konferenz zustimmte. Es soll darauf hingewirkt werden, daß die Frage des 1. Mai noch auf die Tagesordnung des Kongresses gesetzt und ferner ein Protokoll der Verhandlungen in der deutschen Delegation herausgegeben wird. Auch soll die Frage einer Forderung des Abstimmungsmodus auf diesen Kongressen in Stuttgart zur Erörterung gebracht werden.

Die Beratung über die gewerkschaftlichen Unterrichtskurien ergab allseitige Zustimmung für deren Weiterführung. Zahlreiche Redner sprachen sich auch für deren Ausdehnung aus. Umsonst erregte es

Forderungen der Bierfahrer bewilligt habe. Ein Antrag auf Aus-

Ingoßstadt. „Christliche“ Plunkerei. Die „Gewerkschaftsstimme“, das Organ des „Christlichen“ Hilfs- und Transport-

Stiel. In der letzten Versammlung ließen sich 10 männliche und 2 weibliche Personen aufnehmen.

Landshut. Schon verheißungsvoll hat es zwischen den Arbeitern und Prinzipalen seit Tarifabschluss keine Auseinandersetzungen gegeben.

Herzlichen Glückwunsch zum Jahreswechsel

Dörfenfurt. Am 8. Dezember fand eine Brauerarbeiter-Versammlung statt. Kollege Lehmann, Heidingsfeld, sprach über:

Pfarrkirchen. Am 9. Dezember fand im „Münchener Hof“ eine Brauerarbeiter-Versammlung statt, zu der auch die Kollegen der Umgegend zahlreich erschienen waren.

beträchtliche Höhe. Gewöhnlich ist es so, daß dort, wo die längste Arbeitszeit ist, auch noch die schlechtesten Löhne bezahlt werden.

Preß. Nachdem Kollege Wechner mit einem Frecker Kollegen am Sonntag, den 9. Dezember, eine rege Hausagitation entfaltet hatte, fand am Abend im Lokale von Göring die Mitglieder-

Rosenheim. Ein feischer Zug ist erfreulicherweise unter den hiesigen Brauerarbeitern zu verzeichnen. Am 16. Dezember fand eine überaus gut besuchte Brauerarbeiter-Versammlung statt, die einen sehr befriedigenden Verlauf nahm.

Salzungen. Am 15. Dezember fand im Beisein des Kollegen Stadler eine Versammlung der hiesigen Brauerarbeiter statt, in der auch gleichzeitig eine Zählstelle gegründet wurde.

Wolfsbühl. Unsere Monatsversammlung war vollzählig besucht. Nach Regelung der Verbandsangelegenheiten wurden die Mitglieder ermahnt, politische Versammlungen besser zu besuchen und die Arbeiterpresse, den „Braunschweiger Volksfreund“, zu abonnieren.

Zur Beachtung!

Auf Anfrage teilen wir den Zählstellen mit, daß die Streikunterstützung selbstverständlich nur aus der Hauptkasse gezahlt wird.

Der Hauptvorstand. G. Bauer.

Weschnung über die Aussperrung wegen der Bierpreiserhöhung

Table with financial data: Bilanz, Einnahme, Ausgabe, Summa, etc.

Verbandsnachrichten. Verbandsbureau Mühlstr. 5, III., Hannover. Fernspr. Nr. 5830

Ausgeschlossen wurden auf Antrag der Zählstelle Eberswalde: Ernst Schwanz, geb. 3. 8. 73 zu Alt-Reh, Buch-Nr. 45 163; auf Antrag der Zählstelle Magdeburg: Karl Kühnenschloß aus Landau, Buch-Nr. S. III 13 003; auf Antrag der Zählstelle Erfurt: Karl Münch aus Protterode, geb. 19. 6. 72, Buch-Nr. 23 176; auf Antrag der Einzelmittglieder in Grimma: Oswald Opitz aus Gorpelen, geb. 6. 5. 76, Buch-Nr. 57.

Briefkasten. B., Duisburg. Es sind noch mehr Berichte zurückgestellt worden. Wir müssen uns eben auch nach den Raumverhältnissen richten.

Verjammlungsanzeigen. Nachen. Jeden ersten Sonntag im Monat 2 Uhr im Restaurant Deben, Alexanderstraße.

Wolfsbühl. Unsere Monatsversammlung war vollzählig besucht. Nach Regelung der Verbandsangelegenheiten wurden die Mitglieder ermahnt, politische Versammlungen besser zu besuchen und die Arbeiterpresse, den „Braunschweiger Volksfreund“, zu abonnieren.

Ein gesundes, glückliches Neujahr allen Mitgliedern des Zentralverbandes deutscher Brauerarbeiter.

Zigarren, Zigaretten empfiehlt allen Kollegen Mich. Bauer, Mündjen, Schwanthalerstraße 162.

Neu! Wasserdichte Holzschuhe! Neu! Das Beste ist das Billigste. Hoch. Schäfer, Kanau, Scharfstr. 5.

Pferdebesitzer! Gebraucht nur Original-H-Stollen mit der Marke G. Fabrikanten: LEONHARDT & CO., Berlin-Schöneberg.

Carl Fiedler, Dresden F. Schäferstr. 47